

Selbstverwaltung antwortet

ihre Mitarbeit sichern. Die öffentliche Berichterstattung soll aber nicht von den SED-V-vertretern allein durchgeführt werden, sondern von allen Blockparteien, die die Selbstverwaltung bilden und auch gemeinsam die Verantwortung tragen. Die Ergebnisse der Berichterstattungskampagne in Sachsen-Anhalt beweisen, wie zutreffend diese Erwägungen sind.

Die Redaktion

In einer gesondert einberufenen Sitzung des Blockausschusses der drei antifaschistischen Parteien für Sachsen-Anhalt trugen die Vertreter der SED ihre Gedanken und Vorschläge über die Durchführung einer breiten Berichterstattung der Selbstverwaltungen vor. Nach Diskussion der Bedenken einzelner Vertreter der Blockparteien wurde die Durchführung einer solchen Kampagne einstimmig beschlossen und eine kleine Kommission mit der Vorbereitung beauftragt. Dieser Kommission gehörten Beauftragte der drei Blockparteien und der Regierung an. Die Berichtsversammlungen sollten Bericht und Diskussion über die Arbeit der Selbstverwaltungen in den vergangenen zwei Jahren auf allen Gebieten unseres demokratischen Neuaufbaues zum Inhalt haben.

Bei der Berichterstattung im vorigen Jahr sprachen die Regierungsvertreter, Landräte, Bürgermeister und andere. In diesem Jahre traten zur Berichterstattung auch der Landtagspräsident, die Minister, die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen aller Blockparteien und natürlich die Landtags- und Kreistagsabgeordneten, Landräte und Bürgermeister, Stadtverordneten und Gemeindevertreter aller Parteien in den Versammlungen auf. Die ganze Kampagne lief unter der Losung! „Die Bevölkerung fragt — die Selbstverwaltung antwortet“.

Für die größten und bedeutungsvollsten Städte und Betriebe wurden die Referenten nach einem zentralen Plan festgelegt.

Am 18. Juni dieses Jahres wurde vom Landtagspräsidenten Böttge als Abschluß der Landtagssitzung zugleich die Berichterstattungskampagne eingeleitet.

Die Vorsitzenden der Landtagsfraktion der SED, der LDP und der CDU und Minister der drei Parteien sprachen zum Auftakt der Kampagne in den drei größten Städten Sachsen-Anhalts, in Halle, Magdeburg und Dessau. Auf der Grundlage der Erfahrungen dieser ersten Versammlungen setzte dann immer breiter und lebhafter eine Welle von insgesamt 3000 öffentlichen Versammlungen ein.

Schon die ersten Versammlungen bekundeten das große Interesse aller Bevölkerungsschichten und brachten sehr lebhaft und oft heftige Diskussionen. Vor allem die Referenten der SED sind keiner der gestellten Anfragen oder Diskussionspunkte ausgewichen. Die Versammlungen wurden erst dann beendet, wenn alle aufgeworfenen Fragen gründlich geklärt waren. Und das war richtig so. Wir alle haben keine Ursache, die Situation, in der sich unser Volk befindet, zu beschönigen, weil wir wissen, daß die gegenwärtige schwierige Lage die Auswirkung des verhängnisvollen Hitlererbes ist.

Wir haben aber auch keine Veranlassung, das, was in harter und schwerer Arbeit zur Rettung unserer Bevölkerung aus der tiefsten Not von den Volksvertretern, von den Frauen und Männern unserer Verwaltungsstellen getan wurde, irgendwie zu schmälern. Jeder soll wissen, daß es nur der verantwortungsbewußten Arbeit dieser Menschen zu danken ist, daß unser Volk vor dem Schlimmsten bewahrt wurde.

Die besondere Stärke der Berichterstattung bestand darin, daß frei und offen auch zu den Mängeln und Schwächen der vergangenen Arbeit kritisch und selbstkritisch Stellung genommen wurde. Das ist von der Bevölkerung sehr gut verstanden und lebhaft begrüßt worden. Die Durchführung der Versammlungen war

nicht schematisch und nicht überall gleich; es gab zwei Hauptmethoden — erstens die Berichterstattung mit anschließender Diskussion und Fragestellung und zweitens Frage und Antwort. Zuerst wurden von den Versammelten Fragen gestellt, die die Referenten im Zusammenhang mit dem Bericht beantworteten.

Der Oberbürgermeister von Dessau, Genosse Karl Adolphs, und auch andere Referenten gaben der Bevölkerung die Möglichkeit (wie der hier veröffentlichte Handzettel zeigt), Fragen auch schriftlich einzubringen. Der Erfolg war fast überall gut. Auch dort, wo Versammlungen gewissermaßen „gespannt und geladen“ waren, wo die Gemüter oft in Zu- und Zwischenrufen heftig aufeinanderprallten, endeten die Veranstaltungen mit einmütigen vollen Erfolg. In vielen Versammlungen sind 20 und mehr Anfragen an die Referenten und Berichtersteller gestellt worden. Meist waren es Fragen, die immer wiederkehren — Kohlen- und Kartoffelprobleme, Wohnungsfragen, Umsiedlernöte, Sorge um die Kriegsgefangenen usw.

Aber es gab auch eine Reihe anderer wichtiger Fragen, wie: der Paragraph 218, Rentenzahlung, Blockpolitik, Reparationen usw. In den Dorfversammlungen spielten die Probleme der Neu- und Umbauten von Wohnungen und Ställen für die Neubauern und die Aufgaben der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe eine große Rolle. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß früher niemals eine so lebhafteste Anteilnahme an der Beantwortung der gestellten Fragen vorhanden war wie in dieser großen Kampagne.

Überall, wo die Referenten gut vorbereitet in die Versammlungen kamen und wo sie freimütig zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nahmen und ohne Beschönigung Ihre Antworten gaben, brachten die Versammlungen gute Erfolge. Einer der wichtigsten ist, daß es durchweg gelang, die Ursachen unserer heutigen Ernährungslage und aller Schwierigkeiten, aber auch Wege zu ihrer Überwindung klarzustellen und damit einem Großteil der Bevölkerung die Schicksalsfragen Deutschlands näherzubringen.

In Hunderten der Berichterstattungsversammlungen wurden meist einstimmig Entschlüsse angenommen, in denen den Selbstverwaltungen das Vertrauen und der Dank für die bisher geleistete Arbeit ausgesprochen und der gemeinsame Kampf um die Einheit Deutschlands gefordert wurde.

Als Abschluß dieser Berichterstattungskampagne fand am 18. Juli 1947 in Halle die große Landeskongress der Blockparteien mit den demokratischen Organisationen statt. Mehr als 700 Delegierte nahmen einstimmig die Entschlüsse zur politischen Lage und zu den nächsten Aufgaben an.

Nun werden in allen Kreisen Kreiskonferenzen der Blockparteien und der demokratischen Organisationen stattfinden, die für die einzelnen Kreise konkret die Aufgaben festlegen sollen, die sich aus der Berichterstattungskampagne ergeben.

Ludwig Einicke, Landtagsabgeordneter, Sachsen-Anhalt

Der antifaschistische Bloch gibt Rechenschaft I Zwei wirkungsvolle Einladungsplakate zu öffentlichen Einwohnerversammlungen „Zwei Jahre Selbstverwaltung“

Zwei Jahre
Selbstverwaltung

Berichterstattung der gewählten verantwortlichen
NIMMT HttFttfMi Ihrsfefi BLIm&MllakM
BbLlmmmb

öffentlichen Versammlungen

VMtag, 4> 7u 20Vhr, I **Schützenhaus**
BMMMr **Wassilow Frau Lyding**

Dienstag, • 7*30 Ubr, Haus dn Jugend 3
MM **usbuu iimKMMIMMi OU& WiUe**

Dienstag, 18. 7* ZO Ubr, Centralhalle
BelWteMte Worte! **Uk **gimilow Hans Uke!****

Mt **JSSSSÄßSL ******* = ■ ^
dU «**owMnfoa Vortirir ontwrtoaf**

Erntföintr, erscheint in Maseent 9

Der Blockausschuß der Antifaschistischen Parteien
CDU SED LDP

Rechenschaft

über 2 Jülj

fttoftoeraoltuity
unsrer Lutherstadt Bsieberi

geben
Oberbürgermeister **Dr. Barwinick**
Bürgermeister **Höfer**
Stadtrat **Urban** u. a. in der

öffentLtarfümmhm

am Mittwoch, S. Juli 1947, 20Uhr
emOawrfcpchnflwMie. WelahUn

Der Antifaschistische Bloch Der Rat der Stadt Magdeburg

Die Besonderen

Bürger kommt Ihr fragt, wir antworten!